

3. Ausgabe

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 31. Dezember 1918. Nr. 507.

Ein Protest der Bürgervereinigung. Das Präsidium der Bürgervereinigung hat an den Grafen Czernin folgendes Schreiben gerichtet: Nach einer Notiz der heutigen Reichspost soll über Anregung Euerer Exzellenz ein neuer Verein in Wien unter der Bezeichnung „Bürgervereinigung 1918“ gegründet werden. Das Präsidium der Bürgervereinigung der Stadt Wien erhebt gegen eine Vereinsgründung unter dem obbezeichneten Namen, welcher nur Wahlzwecken zu dienen scheint auf das entschiedenste Protest, da durch diese Bezeichnung Verwechslungen mit der seit 20 Jahren bereits bestehenden Bürgervereinigung der Stadt Wien unausbleiblich sind.

Kohlenausgabe im Jänner. Die Kohlenausgabe für Jänner erfolgt im gleichen Ausmasse wie im Dezember. Die Wochenmenge für einen Kochbrand bleibt bis auf weiteres mit 20 kg aufrecht. Ein ganzer Betriebsbrand der Kohlenbezugskarten für Gewerbe wird mit 100 kg, ein ganzer Heizbrand mit 80 kg monatlich eingelöst. Auf Grund von Betrugsscheinen wird für Betriebe, die unter dem Buchstaben B, für Heizung die unter dem Buchstaben C festgesetzte Monatsmenge ausgegeben. Eine Ausgabe des Zimmerbrandes ist derzeit nicht möglich, da der Kohleneinlauf kaum zur Deckung des eingeschränkten Bedarfes hinreicht und infolge des Streikes in ober-schlesischen Kohlenrevieren mit einem weiteren Ausfall gerechnet werden muss.

Die Schweizer Delegation im Rathaus. Heute mittags erschien Oberstleutnant Frey, Dr. Louis Ferriere und Legationssekretär Edmond de Grens, begleitet von Generalsekretär Szanyi im Rathause, wo sie vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den Vizebürgermeistern Ross und Rein empfangen wurden. Der Bürgermeister begrüßte die Herren mit einer kurzen Ansprache, in welcher er ausführte: Ich gebe meiner grossen Freude und Dankbarkeit Ausdruck, dass Ihr Ververland in einer so hochherzigen Weise sich unserer Stadt angenommen. Die Rede, welche Nationalrat Jäger in Ihrer Versammlung gehalten, die warmen Worte Ihres Präsidenten, insbesondere aber auch die Aktion, welche durch Bürgermeister Haegeli eingeleitet, hat uns tief gerührt. Wir danken aus vollem Herzen dafür. - Die Herren zogen sich sodann zu einer Besprechung in den Rauchsalon des Bürgermeisters zurück.

Das historische Museum der Stadt Wien ist am Neujahrstage noch für den allgemeinen Besuch geöffnet.

In der Folge muss es wegen der Unmöglichkeit der Beheizung bis zum Eintritt wärmerer Jahreszeit geschlossen bleiben.

schon vor dem Kriege einen Erwerbe nachgingen und heute fast in jedem Haushalte neben dem Manne auch die Frau verdient. Selbstverständlich müssen die erholungsbedürftigen Frauen des arbeitenden Standes berücksichtigt werden und es wäre zu wünschen, dass dieser Aktion bald ein zweite folge. Unsere Jugend ist die Zukunft des Staates. Für sie muss gesorgt werden. Auch für unsere Frauen, die während des Krieges im Erwerbe leben stark gelitten haben, muss ebenfalls gesorgt werden und daher unterstütze ich die beiden Stadtratsanträge auf das nächste.

GR. Körber begrüsst die Anträge, glaubt aber, dass mit einem Betrag von 700000 Kronen für die verwaiste Jugend das Auslangen nicht gefunden werden könne. Er spricht sein Bedauern darüber aus, dass noch immer mehr als 100 Schulen vom Militär besetzt sind und stellt den Antrag, die Gemeindevertretung möge beim Staatsamt für Heereswesen vorstellig werden, damit diese Schulen ihrem Zweck endlich wieder zurückgegeben werden.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der Stadtratsantrag einstimmig angenommen. Der Antrag Körber wird genügend unterstützt.

VBGM. Reumann übernimmt den Vorsitz.

STR. Vougoin berichtet über die Bestellung eines Baurechtes an mehreren Baustellen im XIII-Bezirk. Seine Anträge werden genehmigt.

STR. Hölzl, berichtet über das Kaufanbot der Firma Julius Meisl auf Teile eines städtischen Grundes im XVI-Bezirk. (Angenommen)

VBGM. Rain legt den Rechnungsabschluss des Brauhauses der Stadt Wien und der Oekonomie Wallhof für die Zeit vom ersten Juli 1917 bis 30. Juni 1918 vor, welcher genehmigt wird.

VBGM. Hoss berichtet über den Rechnungsabschluss der Lagerhäuser der Stadt Wien, für das Geschäftsjahr 1917/18.

GR. Kokorda, anerkennt die hohen Leistungen des städt. Lagerhauses und verlangt zur schnelleren Abfertigung der Interessenten, dass mindestens bei jedem Magazin eine Brückenwaage errichtet werde, ferner die Einführung von ^{die} Unterhausfolgescheinen oder Restscheinen, falls Waren nicht an einem Tag abgeführt werden können, sowie die Erhöhung der Abholungsfrist von 24 auf 48 Stunden.

GR. Angeli betont, dass das Lagerhaus im Kriege hervorragendes geleistet hat, und schliesst sich vollinhaltlich dem Danke an das Personal an. Er gibt dem Wunsche Ausdruck, dass an Stelle der nicht entsprechenden Büro- und Parteienräume ein modernes Administrationsgebäude errichtet wird.

GR. Weigl: Die moralische Anerkennung hat das Personal des Lagerhauses aus dem Munde des Referenten erfahren, man sollte sie aber auch in pekuniärer Weise dadurch bezeigen, dass man bessere Löhne bezahlt. Die Entlohnung der Ueberstunden mit einer Krone ist für die jetzige Zeit lächerlich. Ich wünsche, dass in Zukunft auch im Lagerhaus den ausserordentlich schwer arbeitenden Menschen eine bessere Existenz eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Verbesserung der Bezüge geboten wird. Eine derartig opferwillige Arbeiterschaft verdient, dass man sie entsprechend behandelt. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

GR. Josef Müller bemerkt gegenüber dem Vorredner, dass die Löhne beim Arbeiterkonsumverein auch nicht viel höher sind; sie bewegen sich zwischen 50 und 70 Kronen. In dem sozialdemokratischen Konsumverein besteht auch noch die neunstündige Arbeitszeit, obwohl sie selber die 8 stündige Arbeitszeit verlangen. Ihre eigenen Leute vom Konsumverein waren bei mir und haben sich beschwert (Hört!) Wir haben ohne Unterschied der Partei die Pflicht, das was wir verlangen in den eigenen Unternehmungen auch durchzuführen. (Beifall bei den Christlich Sozialen)

VB. Hoss erwidert in seinem Schlussworte auf die einzelnen Ausführungen und bemerkt, dass seit 14 Tagen die 8 stündige Arbeitszeit im Lagerhaus eingeführt ist.

GR. Weigl berichtet tatsächlich, dass die Löhne im Arbeiterkonsumverein nicht zwischen 60 und 70, sondern ca. 120 Kronen betragen und dass hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit Verhandlungen geführt werden, dass sich aber infolge der Verhältnisse bei den Abgabestellen Schwierigkeiten ergeben. (Rufe: Diese Schwierigkeiten bestehen auch bei uns)

Bei der Abstimmung wird der Stadtratsantrag einstimmig angenommen.

Vize-Bgm. Högl stellt folgenden Antrag: Die Gemeinde Wien ist bereit auf Grund des Ergebnisses der am 28. Dezember 1918 abgehaltenen Sitzung über die Sanierung des Krankenanstaltenfonds diesem ein Darlehen von 2 Millionen Kronen unverszinstlich auf die Dauer eines Jahres unter der Bedingung zu geben, dass Staat und Land je den gleichen Betrag unter denselben Bedingungen beisteuern.

GR. Doppler stellt den Zusatzantrag. Das Gemeinderatspräsidium möge bei den aus Anlaß der Sanierung des Krankenanstaltenfonds stattfindenden Verhandlungen dahin wirken, daß die rechtlichen Dienstverhältnisse der angestellten Dienerschaft geregelt werde und sie in den Stand der dienstpragmatischen Beamten einbezogen werden.

Die Anträge werden angenommen.

GR. Breuer beantragt die Verfassung einer Denkschrift der Gemeinde Wien in Angelegenheit der Kredithilfsaktion für den kriegsbetreffenden Gewerbebestand und stellt den Antrag:

Der deutschösterreichische Staatsrat, sowie die Staatsämter für öffentliche Arbeiten und der Finanzen werden durch eine Denkschrift auf die unabweisliche Notwendigkeit verwiesen, den durch die Leiden des Krieges in grösste Nothlage geratenen mittelständischen Gewerbetreibenden insbesondere aber den Kriegsteilnehmern augenblickliche Hilfe zu bringen, um den Gewerbetreibenden die Wiederaufrichtung ihrer Betriebe und ihrer wirtschaftlichen Existenz zu ermöglichen und auf diese Weise auch einem grossen Teile der Arbeiterschaft Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen; der deutschösterreichische Staatsrat und die bezeichneten Staatsämter werden ferner auf die unabsehbaren Folgen aufmerksam gemacht, welche eintreten müssten, wenn das so gut wie abgeschlossene Werk der Kredithilfe nicht unverzüglich in die Tat umgesetzt werden würde.

GR. Partik bemerkt, daß jene Gewerbetreibenden, welche jetzt heimgekehrt sind und jene, welche infolge der zentralen Bewirtschaftung keine Rohstoffe erhalten konnten, am meisten einer Kredithilfe bedürfen. Man sehe aber, daß die großen

Fabriken, wie Schuhfabriken, ihre Betriebe erweitern, und neue Betriebe eröffnen, während der kleine Schuhmacher nicht das Leder zum doppelten hat. Auch/werde auf die Aufrichtung des Gewerbes bedacht sein müssen. Jede Krone der neuen Republik werde produktiv angewendet werden müssen, nur dann werde es möglich sein, daß der Staat wieder aufblüht. In allen Staaten ist der gewerbliche Mittelstand die Grundfeste. Aus dem Mittelstand ist die Grossindustrie hervorgewachsen, welche die qualifizierten Arbeiter des Mittelstandes für sich gewonnen hat. Im Brunnerlager habe man Stoffe gefunden, wie Seidenstoffe, Blusenstoffe, Etamine, daß man sich nicht für die Soldaten gebraucht hat. Die zentrale Bewirtschaftung hätte mindestens ihr Veto gegen die Requisition einlegen müssen. Der Redner begrüsst mit Freude den vorliegenden Antrag und wünscht nur, daß bei der Sachdemobilisierung möglichst viel Artikel dem Kleingewerbetreibenden zugewendet werden.

GR. Fanosch fordert eine gründliche Steuerreform. Auf der einen Seite hört man, dass der Gewerbebestand vollständig zugrunde gegangen ist und auf der anderen Seite will man von ihm zur selben Zeit 8 Millionen herauspressen. Die Erwerbssteuer ist eine ungerechte Steuer. Es sollen zur entsprechenden Steuerleistung auch die Kreise herangezogen werden, die während der Kriegszeit ungeheure Gewinne eingeheimt haben. Man fordert von den Steuerzahlern immer Steuermoral. Es sollen aber besonders auch diejenigen, die die Steuern vorschreiben, die nötige Steuermoral haben, und dem Gewerbebestand nicht Steuern vorschreiben, die er nicht leisten kann. (Beifall)

GR. Rotter bespricht zunächst die wirtschaftlichen Folgen des Zusammenbruches des alten Oesterreich für Wien und wenn sich hiebei gegen die Bürokratie im Parlament, die vor und während des Krieges verständnislos, ja feindselig gegenüber dem Gewerbebestand gezeigt haben. Wie und warum der Gewerbebestand von den Heereslieferungen ausgeschlossen wurde, habe der Leinweberprozess gezeigt, der die grosse Korruption in Betreff der Provisionen blossgelegt hat, wobei es als merkwürdig verzeichnet werden müsse, dass Provisionen von Leuten gegeben wurden, welche anderwärts die Korruption und den Militarismus bekämpften. Der Redner stattet hierauf dem Niederösterreichischen Landesgewerbeförderungsamt für seine Unterstützung der Gewerbetreibenden während des Krieges den Dank ab; die Gewerbetreibenden hätten bei Heereslieferungen bewiesen, dass sie nur gute Ware liefern, nicht wie Andere Papier- und Pappdeckelsohlen oder Brot mit Kalkzusatz. Zum Schluss protestierte ^{auch} GR. Rotter gegen die ungeheure Bedrückung des Gewerbebestandes durch die Steuerbehörden und fordert Einschränkungen beim neuen Militarismus, dieser „Holoch“ drohe uns wirklich aufzufressen.

GR. Angeli stellt folgenden Antrag: Die Gemeinde Wien spricht den bedrohten Volkegenossen in Deutsch-Südtirol die wärmste Sympathie und Anteilnahme aus und wendet sich ausserdem an den in Kürze zusammentretenden Friedenskongress und Präsidenten Wilson mit der Bitte, es nicht zu dulden, dass die kerndeutsche Bevölkerung Deutsch-Südtirols unter italienisches Joch komme. Die italienische Grenze darf nicht weiter als bis Salurn vorgerückt werden.

Frau GR. Dr. Alma Seitz stellt folgenden Antrag: In Anbetracht des zunehmenden Wohnungselendes wäre die Einführung der Wohnungsaufsicht durch Einstellung von Wohnungsfürsorgerinnen in Aussicht zu nehmen, welche vornehmlich die Frauen in sanitärer und wirtschaftlicher Hinsicht zu beraten und darüber zu wachen hätten, dass von Seite der in Wohnungsfürsorge zu nehmenden Parteien gewisse Mindestforderungen in Bezug auf Wohnungspflege erfüllt werden können und tatsächlich erfüllt werden. Bei der Heranziehung von Frauen und Mädchen für den Dienst in der Wohnungsaufsicht möge in erster Linie auf geeignete Kräfte aus Intelligenzberufen, welche durch die gegenwärtigen Umstände brotlos geworden sind, Rücksicht genommen werden. Erfordernis zur Verwendung als Wohnungsfürsorgerin ist eine gewisse fachliche Mindestausbildung, ebenso die Bedingung geistiger Reife und sittlichen Ernstes.

GR. Witzmann stellt folgenden Antrag: Bis zur definitiven Regelung der im Budget des 15. Bezirkes für das Verwaltungsjahr 1919/20 bereits vorgesehenen Spielplatzfrage, sei ein Teil dieses Komplexes, provisorisch für einen Kinderspielplatz herzurichten und zwar so zeitgemäss, dass er schon im kommenden Frühjahr seiner Benützung übergeben werden kann.

GR. Wilreid stellt folgenden Antrag: Nach den gegenwärtigen Verhältnissen werden zwei Gruppen von Diurnisten unterschieden und zwar solche mit Anwartschaft, das sind diejenigen, die vermöge ihrer Studien Aussicht zur Vorrückung zum Hängklassenbeamten haben und Diurnisten ohne Anwartschaft das sind solche, welche Kanzlisten zweiter respektive erster Klasse werden können; während bei den Diurnisten ohne Anwartschaft das Höchstausmass der Dienstzeit mit drei Jahren festgesetzt ist, nach welchen sie zu Kanzlisten zweiter Klasse vorrücken, besteht für Diurnisten mit Anwartschaft anscheinend gar kein Grundsatz über die Diurnistendienstdauer. Eine Regelung dieser Verhältnisse ist notwendig, und zwar in der Richtung, dass die Dienstzeit als Diurnist mit Anwartschaft auf zwei Jahre festgesetzt wird, nach welcher sie zu Praktikanten zu ernennen sind. Auch die Regelung der Dienstverhältnisse der während des Krieges aufgenommenen Diurnisten wäre wünschenswert. Der Magistrat wird daher beauftragt, dem Gemeinderat ehestens in obigen Sinne entsprechende Anträge zu unterbreiten.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hiernach an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Vorsitz Hoss übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner (Zum Rebat): Ich habe über ein dringendes Geschäftsstück zu referieren, das erst nachmittag den Stadtrat beschäftigte und noch heute zur Erledigung kommen muss, das Ihnen also schriftlich noch nicht vorliegen kann. Es handelt sich um die Gewährung eines unverzinslichen Darlehens von 500.000 Kronen für den Verband der Krankenkassen Wiens und Niederösterreichs. Es ist dies ein ähnlicher Fall, wie er sich vor einiger Zeit ereignete, als wir dem Krankenanstaltenfond beispringen mussten, für den in einem späteren Referate wieder Anträge gestellt werden. Auch der Verband der Krankenkassen befindet sich infolge der Verhältnisse in einer Lage, die in ausser Stande setzt, Ende des Monats die laufenden Forderungen zu begleichen. Ich halte es für eine selbstverständliche Pflicht der Gemeinde, solange sie es noch selber tun kann, helfend einzuspringen, wenn auch die Ansprüche, die an uns gestellt werden, suppletorisch für den Staat einzugreifen schon über ein gewisses Mass hinausgehen.

GR. Spalowsky: Ich habe nichts gegen den Antrag, wenn es uns auch reizen würde, sich bei dieser Gelegenheit sich darüber zu äussern, wie von Seite des Krankenkassenverbandes die Lage der Kassen immer als eine geradezu glänzende hingestellt wurde. Ich habe nur namens meiner Parteigenossen die Erklärung abzugeben, daß der Verband eine rein sozialdemokratische Verwaltung hat und er sich auch jetzt noch in der Zeit der Demokratisierung mit aller Entschiedenheit gegen jede Einführung eines proportionalen Wahlsystems ausspricht. Mit Rücksicht auf dieses der Demokratie vollständig hohnsprechendes Verhalten erklären wir, daß wir in der Bewilligung des Darlehens eine Vertrauenskundgebung nicht zu erblicken vermögen.

GR. Forstner: Wir pfeifen auf Ihr Vertrauen.

Dieser Zwischenruf löst stürmische Gegenrufe bei den christlich-sozialen aus. Die in dem entstehenden Lärm größtenteils unverständlich bleiben. GR. Hierhammer ruft: Ein schöner Ton ist hereingekommen.

Vize-Bgm. Hof: Ich rufe Herrn GR. Forstner wegen seines unparlamentarischen Ausdruckes zur Ordnung.

Bgm. r. Weiskirchner (Zum Schlusswort): Ich bedauere ausserordentlich, dass überhaupt eine Debatte stattgefunden hat. Hier handelte es sich nicht um eine Parteisache, sondern um eine Institution, welche Krankenarbeitern ohne Unterschied der Partei zu dienen hat. - Referentenantrag wird hierauf genehmigt.

StR. Fomola berichtet über die Verwendung des Flüchtlingslagere Ober Hollabrunn und beantragt zur Durchnahme der Fürsorge für verwahrloste Jugend einen Betrag von 700.000 Kronen in der Voraussetzung zu bewilligen, dass das Land einen Betrag von 300.000 Kronen und der Staat jene Kosten leistet, die er nach dem Gesetzentwurf über die Fürsorgeziehung zu leisten hätte.

Desgleichen berichtet er über die Verwendung des Flüchtlingslagere Pottendorf und beantragt zur Erweiterung der Fürsorge für die Erholungsbedürftigen Frauen und Kinder einen Betrag von 700.000 Kronen unter der Voraussetzung zu genehmigen, dass das Staatsamt für Gesundheitswesen mit Rücksicht darauf, dass die Fürsorge tuberkulos gefährdeter Familien zugute kommt, ein Viertel der Kosten die Zahlung übernimmt.

GR. Dr. Grün begrüsst den Antrag und freut sich, dass die Stadt Wien wenigstens teilweise das gutmacht, was die gestürzten Götzen der vorrepublikanischen Zeit an den Frauen und Kindern verbrochen haben. Die Erkrankung der Frau ist in das Erwerbsleben des Mannes tief einschneidend. Die gesteigerte Frauen- und Kinderarbeit, der geminderte Wochenbetschutz, der Mangel an Lebens- und Beheizungsmitteln hat grosse Erbitterung hervorgerufen. Die Götzen der vergangenen Zeit haben zuerst das Volk ruiniert und dann versucht, es mit einigen Brosamen zu beruhigen. So sind auch die fürstlichen Unterröcke herumgegangen, um Trost zu spenden und Wohltaten zu tun. Dr. Danneberg hat unseren Standpunkt niedergelegt. Dr. Danneberg, nicht wie in Dr. Hemala citiert hat sondern der echte Dr. Danneberg.

v. GR. Hemala: Ich habe Bernerdorfer citiert.

GR. Dr. Grün: Sie sind eine Art literarischer Beihilfslieferant. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und Zwischenrufe.) Ich freue mich, wenn in der letzten Sitzung GR. Wolay vom Genossen Winter eines besseren belehrt wurde. (Gelächter und Zwischenrufe bei der Majorität.) Frau Dr. Burjan hat das letzte Mal von einem Heilmittel für ganz unverbesserliche gesprochen. Herr Uäter mayer wird der erste Inasse sein. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

VB. Hoss: Ich rufe Sie wegen dieses Ausrufes zur Ordnung.

GR. Dr. Grün: Einem Fürsorgeamt soll nicht bloss gute Aerzte haben und nicht bloss eine Statistik verfassen können, sondern in erster Linie das Verhältnis des Kindes zum Elternhause kennen. Es sollen für alle ärztliche Stellen in der Gemeinde Konkurrenz ausgeschrieben werden, damit die tüchtigsten daran kommen. Das Heim in Pottendorf ist ausgezeichnet klimatisch beschaffen und entspricht allen Anforderungen. Es würde sich empfehlen, wenn das Gesundheitsamt bei den Kindern der untergebrachten Kranken untersuchen lassen würde, ob nicht auch die Kinder dort unterzubringen sind. Wenn nicht, hätte das Jugendamt die Aufgabe, einen Aufenthalt für die Kinder zu finden. Sie sollen auch noch weitere Gefangenenlager erwerben, so das Lager & Gmünd, weil dort eine Reihe von gesundheitlichen Einrichtungen sind, die sie später nicht um Geld bekommen. Ich glaube, dass die Sozialdemokraten in jeder Beziehung zu finden ist, wenn es sich um kranke fürsorgebedürftige Leute handelt. Es werden durch den Eintritt der 64 Sozialdemokraten die sanitären und sozialen Triebkräfte in der Gemeinde gewiss gefördert werden. Ich will nicht von den Erregern des Krieges reden, sonst werden sie nervös. (Zwischenrufe) Wenn sie nervös werden, nehmen sie Stahlbäder. GR. Unterwiesinger: Von ihnen lassen wir uns nichts verordnen, wir suchen uns selbst unseren Doktor.

VB. Hoss: Wenn Herr GR. Grün so sprechen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn Zwischenrufe gemacht werden.

GR. Dr. Grün: Die verwahrlosten Kinder sollen irgendwo untergebracht werden, damit wir die berechnete

Hoffnung haben, dass der Aufbau der geistigen und sozialen Kräfte wieder vor sich gehen kann. Man muss dem Leiter der Fürsorgeanstalt in Oberhollabrunn einen Ausschuss zur Seite stellen, der auch Lehrer angehören. Aufrechte und gerade Lehrer, keine Kriecher und Frömler. Ich spreche mich entschieden gegen die militärische Jugendvorbereitung aus, von deren normalem Blatt Nr. 13 vom Jahre 1916 die Rede ist. Die militärische Vorbereitung muss endgültig aus dem Programm, die ist eine Demütigung und hat gar keinen Zweck. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

GR. Rumpelhardt: Ich begrüsse die Vorlage und schliesse mich den Worten des Vordemers an, dass in der Jugend viel gesündigt wurde. Ich bin vollständig überzeugt, dass der Krieg unsere Jugend demoralisiert hat, was aber nicht in der Masse geschehen wäre, wenn seitens der Behörden, die dazu berufen sind, rechtzeitig Mittel ergriffen worden wären. Schon im Jahre 1915 wurde bemerkt, daß einzelne jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren arbeitslos sich herumtrieben, nachdem sie der Lehre entlaufen waren und dass sie dann, wenn sie im „Trockenen“ waren in einen Kriegsbetrieb mit hohen Löhnen sich einstellen liessen. Die Lehrlingsfürsorgekommission hat bereits damals die Statthalterei davon verständigt, dass Vorkehrungen getroffen werden, damit die Jugendlichen nicht ihrer Lehre entlaufen können und damit ihnen ein Teil ihrer hohen Löhne im Sparsystem für spätere Zeiten aufbewahrt bleiben. Auch eine weitere Reihe von Vorschlägen, die der Verwahrlosung der arbeitenden Jugend galten, wurden erstattet, doch fand die Statthalterei bloss die eine Erläuterung: Im Kriege muss man es halt gehen lassen, wie es geht. Wenn die Gemeinde heute die Sache wieder gut machen muss, so übernimmt sie wieder eine Last der Regierung und macht wiederum Fehler der Regierung gut. Ein Hauptaufbaufaktor der Arbeiterjugend ist die Einbeziehung der öffentlichen-Berufsberatung in den Erziehungsplan, ferner die Errichtung einer Berufskontrolle und schliesslich endlich auch die Ausgestaltung der Meisterinspektion, die sich auch auf den jugendlichen Arbeiter erstrecken soll. Schliesslich bitte ich den Stadtrat ausserdem für die noch nicht verwahrloste arbeitende Jugend Lehrlingsheime zu errichten und ehestens für ein solches ein ~~nicht~~ bisher zu Kriegszwecken dienendes Gebäude auszuwählen.

GR. Dr. Löwenstein: Neben der körperlichen Erziehung muss auch die sittliche Erziehung durchgeführt werden, denn wir brauchen einen Nachwuchs von körperlich und moralisch gesunden Menschen. Dabei muss mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gearbeitet werden. Die früher gegründeten Horte dienten nur meistens Vereinszwecken. Man darf die Erziehung der Jugend nicht der Wohltätigkeit überlassen, da diese meist nicht in der Lage ist, das zu tun, was sich als notwendig erweist. Aufgabe des Staates, des Landes und der Gemeinde ist es, hier helfend einzugreifen. Es wird notwendig sein, daß das Jugendfürsorgegesetz ehestens zur Erledigung kommt. Bereits die alte Regierung hatte im Juni ds. J. einen Beirat zur Beratung dieses Gesetzes zusammengestellt und sind die Verhandlungen durch den Wechsel in der Regierung nicht zum Abschluss gekommen. Es ist daher die erste Pflicht der Nationalversammlung dieses Gesetz zu verabschieden. Was die Frauen anbetrifft, so möchte ich nur feststellen, dass bereits 60 bis 80 %

Konstituierung von gemeinderätlichen Ausschüssen. Gestern nachmittags fand die Konstituierung des Gemeinderatsausschusses zur Beratung einer Neuordnung der Gemeindeverfassung, des Gemeindevahlrechtes und des Bauordnungsausschusses statt. Zum Obmann des ersteren Ausschusses wurde GR. Emmerling, zu dessen Stellvertreter GR. Hierhammer, zum Referenten Dr. Kienböck, zu Korreferenten die Gemeinderäte Dr. Danneberg und Dr. Hein gewählt.

Zum Obmann des Bauordnungsausschusses wurde Sr. Schmid, zum Stellvertreter GR. Karl Richter, zum Berichterstatter GR. Baurat Schneider gewählt.

Der Bürgermeister erwidert: Die Abhaltung von Rennen ist von der jeweiligen Staatsform vollkommen unabhängig. Es finden Rennen in der Monarchie und in der Republik statt. Der Magistrat wird bei den zuständigen Stellen die erforderlichen Schritte unternehmen, damit sobald als möglich, die Trab- und Pferderennen wieder aufgenommen werden.

GR. Angeli richtet eine Anfrage wegen sofortiger Wiederaufnahme der regelmässigen Wirksamkeit der Urania und über die Erlassung von Ausnahmeverfügungen für die öffentlichen Volksbildungseinrichtungen bei künftigen polizeilichen Massnahmen.

Der Bürgermeister erwidert, dass das Staatsamt für öffentliche Arbeiten der Urania die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit bereits gestattet hat und dass er selbstverständlich gerne bereit sei, öffentliche Volksbildungseinrichtungen soweit zu unterstützen, als es eben die Verhältnisse zulassen. Die Aufrechterhaltung dieser Betriebe ist eine grössere Notwendigkeit als die die mancher Theater.

GR. Dr. Grün und Hermann Fischer interpellieren darüber, dass namentlich im Wohnungsprater eine Reihe von Geschäftslokalen geschlossen und scheinbar unbebaut sei, obwohl eine Reihe kleiner Geschäftsleute keine Lokale erhalten können. In den Nachtstunden aber herrsche in diesen Lokalen ein reges geschäftliches Treiben, es werde dort offenbar Schleichhandel getrieben. Sie stellen daher die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt ist alle geschlossenen Lokale gründlich revidieren zu lassen und die dortselbst lagernden Lebensmittel zu beschlagnahmen, um den Schleichhandel zu vermindern. Weiter gedeckt der Bürgermeister die unnötig besetzten Geschäftslokale räumen zu lassen, damit Lokale, die für andere wichtige Zwecke dienen. Endlich will der Bürgermeister durch die Räumung der Lokale die von der Front zurückgekehrten Geschäftsleute und den im Hinterland befindlichen Arbeiter und Arbeiterinnen die Benützung ermöglichen?

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Die Gemeinde Wien hat wohl ein Recht, Wohnungen, welche lediglich zur Aufbewahrung von Gegenständen dienen anzufordern, nicht aber Geschäftslokale. Auch bei Wohnungsnachweis sind vermietete Geschäftslokale, auch wenn sie gesperrt sind nicht melde- und kontrollpflichtig. Die von den Antragstellern gewünschten Revisionen (Punkt 1 der Anfrage)

können nur von der Polizeidirektion unter Umständen an h von der Gewerbebehörde in eigenen Wirkungskreise verfügt werden und es wird daher in diesem Punkte die Anfrage diesen Behörden mitgeteilt. Hinsichtlich der Punkte 2 und 3 geben die bestehenden Vorschriften keine Handhabe zum Einschreiten und es wird daher der Wortlaut der Anfrage den Staatsämtern für soziale Fürsorge und für Justiz zur weiteren Behandlung mitgeteilt werden.

GR. Broozyner interpelliert wegen der Verwendung sogenannter Scheinwerferlampen bei den Automobilen durch welche die Fussgänger oft derart geblendet, dass sie jede Orientierung verlieren.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass nach § 10 der Ministerialverordnung vom 28. April 1910 blendende Scheinwerfer in Ortschaften mit stadtartiger Verbauung nicht verwendet werden dürfen. Er werde die vorliegende Anfrage der Polizeidirektion als Anzeige zur Abstellung des Uebertandes abtreten.

GR. Dr. Löwenstein stellt folgende Anfrage: Der Verein zur Erhaltung und Förderung des Ersten öffentlichen Kinderkranken-Institutes hat bereits im Jahre 1913 um eine Vereinigung der Josefine von Königswarter'schen Kinderspitalstiftung mit der Wenzlaus Arco'schen Stiftung angebracht zum Zwecke der Errichtung eines neuen Kinderspitals unter dem Namen „Königswarter-Arco-Kinderspital“.

Die stiftungsmässig zu diesem Zwecke in Aussicht genommenen, im 18. Bezirk Theresienstrasse 37/39, liegenden zwei Häuser, welche seit Kriegsbeginn als Filialspital des Vereines-Reservospitals No 4 der Heeresverwaltung mit einem Krankenbelag von 68 Betten kostenlos zur Verfügung standen, sollen durch zweckentsprechende behördlich bereits genehmigte Adaptierungen für die Errichtung eines Kinderspitals mit mindestens 50 Krankbetten Verwendung finden. Durch die Errichtung dieses neuen Kinderspitals, welches sofort in Angriff genommen werden könnte, würden jährliche 20.000 unentgeltliche/Verpflegstage für arme kranke Kinder Wiens mit einem Schlage geschaffen werden. Da seitens des Testamentsvollstreckers der Königswarter-Kinderspitalstiftung eine protokollarische Einverständigerklärung zum Zwecke der eingangs angeführten Vereinigung besteht, wäre der Bürgermeister als Vorsitzender der Königswarter-Kinderspitalstiftung in der Lage, diese Aktion wesentlich zu fördern, denn die Arco-Stiftung, welche aus den früher erwähnten zwei Häusern besteht, ist aus der Verwaltung der Gemeinde Wien in die Verwaltung des Vereines zur Erhaltung und Förderung des ersten öffentlichen Kinderkrankeninstitutes bereits am 3. Juni 1914 übergegangen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Sobald der evangelische Oberkirchenrat und der Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde ihre Vertreter für das Kuratorium der Königswarter'schen Kinderspitalstiftung bekannt gegeben haben, wird eine Sitzung dieses Kuratoriums einberufen werden, in welcher auch über das Ansuchen des ersten öffentlichen Kinderkranken-Institutes entschieden werden wird. Von der Gemeinde Wien wurden die GR. Emmerling und Rotter in das Kuratorium entsendet.

GR. Moissl stellt unter Hinweis auf einen Artikel des Professors Dr. Pirquet in der Wiener medizinischen Wochenschrift über den ausgezeichneten Erfolg des Kaiser Karl Wohlfahrtswerkes im vergangenen Sommer die Anfrage, ob der Bürgermeister bereit sei, sofort mit dem Staatsamte für Volksgesundheit und mit der Leitung des Wohlfahrtswerkes in Fühlung zu treten, damit auch im kommenden Sommer die Möglichkeit einer Erholung geboten werde.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass auch im kommenden Jahre alles aufgeboten werden wird, um möglichst viele Kinder aufs Land zu bringen. Die Gemeindevertretung hoffe dabei auf die Unterstützung aller Kreise, welche sich bereits bisher betätigt haben, auch der Lehrer und Lehrerinnen, welche sich in hingebungsvoller und aufopfernder Weise der Aktion zur Verfügung stellen.

Frau GR. Popp stellt folgende Anfrage: In letzter Zeit mehren sich die Fälle, dass in den Turnsälen der Schulen und in den Sitzungssälen der Bezirksvertretungen Versammlungen politischen Charakters abgehalten werden. Es wird daher gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, anzuordnen, dass die Schuleäle und die Säle der Bezirksvertretungen allen ohne Unterschied der Parteirichtung zur Verfügung gestellt werden oder zu veranlassen, dass keine politische Partei Versammlungen in solchen Sälen veranstalten kann.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass diese Räume allen Parteien zugänglich gemacht werden, und wenn Eingehen um Ueberlassung an ihn gelangen, so werden sie anstandslos erledigt. Es müsse nur ein gewisser Turnus eingeführt werden.

GR. Broozyner verweist in einer Interpellation darauf, dass die Beamten der städtischen Kaiser Franz Josef - Jubiläums - Lebens- und Rentenversicherungs-Anstalt vor einigen Wochen in der Direktion eine Eingabe mit dringenden Wünschen überreicht haben, dass eine Erledigung aber bisher deshalb nicht möglich gewesen sei, da die Neukonstituierung des Verwaltungsausschusses bisher nicht erfolgt ist. Er stelle daher die Anfrage, ob der Bürgermeister ehestens die Wahl dieses Ausschusses auf die Tagesordnung des Gemeinderates setzen wolle.

GR. Broozyner führt in einer Anfrage aus: Die städtische Lebens- und Rentenversicherungs - Anstalt führt noch immer als Wahrzeichen Byzantinismus aus der monarchistischen Zeit den seit jeher wenig geschmackvollen Titel „Städtische Kaiser Franz Josef - Jubiläums Lebens- und Rentenversicherungsanstalt“. Mit Rücksicht darauf, dass jeder überzeugte Republikaner wünschen muss, dass so rasch als möglich alle monarchistischen Abzeichen und Erinnerungen verschwinden, aber auch mit Rücksicht darauf, dass der monarchistische Titel eines Geschäftsunternehmens bei der antimonarchistischen Stimmung der Bevölkerung auch dem Unternehmen selbst schadet, wird die Anfrage gestellt, ob der Bürgermeister bereit ist, die Abänderung des Firmenwortlautes in einer der Volksstimmungen entsprechenden Weise zu veranlassen.

BGM. Dr. Weiskirchner beantwortet die beiden Anfragen unter Einem. Die Wahl des Ausschusses wird auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Gemeinderates ge-

stellt werden, der neue Ausschuss wird sich auch mit der Frage der Abänderung des Titels beschäftigen.

GR. Paulitschke stellt folgende Anfrage: Dank des Einschreitens des Bürgermeisters wurde der Durchgang über den äusseren Burgplatz bei der Balkaria wieder freigegeben, jedoch ist der Verkehr durch das Burgtor über den äusseren und inneren Burgplatz zum Kohlmarkt aus ganz unbegreiflichen Gründen noch immer gesperrt. Da dieser Durchgang für die westlichen Bezirke, sowie auch für die Frequenz des Kohlmarktes von grösster Bedeutung ist, wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt beim Staatsamte hinzuwirken, dass der freie Verkehr für Wagen und Fussgänger durch das Burgtor zum Kohlmarkt umgehend wieder gestattet wird?

BGM. Dr. Weiskirchner: Gleich nachdem das Tor geschlossen wurde, habe ich interveniert und erreicht, dass in der Schauflergasse der Zugang geöffnet wurde, Ich werde neuerlich die Sache beim Staatsnotar Dr. Sylvester vorbringen und ich halte es im eminentesten Interesse der Bevölkerung gelegen, dass diese kürzeste Verbindung mit der innern Stadt wieder gangbar gemacht wird.

GR. Dr. Glasauer stellt folgende Anfrage: Die Einstellung des Strassenbahnverkehrs an Sonn- und Feiertagen wird als eine durch die Kohlennot bedingte Massregel von der Bevölkerung Wiens ruhig hingenommen. Insbesondere trägt zur Beruhigung der Bevölkerung der Umstand bei, daß die Verkehrseinschränkung anscheinend alle Linien gleichmässig trifft. Dies ist jedoch unrichtig. Die entferntesten Endpunkte in allen Bezirken, ja sogar die Endstation der Linie 60 in Mauer ist erreichbar. Die Bezirksteile Ober- und Unter St. Veit des 10. Bezirkes sind jedoch von jedem Strassenbahnverkehr ausgeschlossen, was infolge Einstellung des Stadtbahnverkehrs zur Folge hat, daß die Bewohner 2 bis 5 Kilometer zu Fuß gehen müssen. In Anbetracht der schlechten Witterung muss daher der Verkehr auf der Linie 58 und 158 an Sonn- und Feiertagen wieder aufgenommen werden.

Es wird gefragt; Ist der Bürgermeister geneigt, der Direktion der städtischen Strassenbahnen den Auftrag zu erteilen an Sonn- und Feiertagen den Verkehr auf den Linien 58 und 158 ehestens wieder aufzunehmen.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, er werde die Anfrage als Antrag behandeln, und der Strassenbahndirektion übermitteln.

GR. Moissl stellt folgende Anfrage: Für die Invaliden wurden Millionen gesammelt, die heute noch immer verwaltet werden, da die Fonde allen Nationen des alten Oesterreichs gehören. Bis diese Frage der Aufteilung zur Gänze ausstudiert sein wird, wird die Invalidenfrage durch die Zeit fast zur Gänze geregelt sein, das heisst die Invaliden werden verhungert sein. Es läge nun nichts näher, als beispielsweise die Spender der Millionen Kronen für die Kriegsblinden zu fragen, welcher Nation von Blinden ihre Spende zuweisen und die schwierige Frage des Studiums dieser Frage wäre gelöst.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, er werde sich von Invalidenamten einen Bericht geben lassen, er halte es aber für notwendig, dass über diese Fonde die weiteste Kontrolle geübt werde.